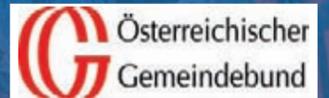


GEMEINSAM GEMEINDE

FURCHE-Serie zu Österreichs Gemeinden

Teil 3

Diese Serie erscheint in Kooperation mit:
Redaktion: Wolfgang Machreich



EU-VERNETZUNG

Vernetzung und internationaler Wissensaustausch sind auch für Österreichs Gemeinden wichtig. „Mit unserem seit 2004 laufenden Projekt International Communal Network (ICNW) tragen wir dazu wesentlich bei“, sagt Nicolaus Drimmel vom Österreichischen Gemeindebund: „Wir bauen eine länderübergreifende Kooperation zwischen ländlichen und benachteiligten Gemeinden in Europa auf.“ Ein interregionales, aktives, kommunales Netzwerk zur Sicherstellung des Know-How-Austauschs ist im Werden: in den Bereichen: Raumordnung und Ortsentwicklung, Kommunale Infrastruktur und kommunale Kooperation mit Klein- und Mittelbetrieben.

Durch dieses Netzwerk werden durch den Österreichischen Gemeindebund 22 Partner aus EU-Staaten, den neuen Mitgliedsländern und den Beitrittskandidaten koordiniert – insgesamt werden 9.650 Gemeinden erreicht. Alle Partner haben durch das ICNW-Management-System und den ICNW-Internet-Auftritt Zugang zu praxisrelevanten Informationen und konkreten Projektumsetzungen. Außerdem ist geplant, eine Best-Practice-Datenbank zu erstellen, die für alle österreichischen Gemeinden und alle Teilnehmerländer zugänglich ist. Damit nicht jede Gemeinde immer wieder das Rad neu erfinden muss, sondern auf bereits bewährte Modelle zurückgreifen kann. Ursprünglich wäre das Projekt 2007 ausgelaufen, sagt Drimmel: „Wir haben uns aber vorgenommen, das Projekt fortzuführen, da bereits eine gute Kommunikationsstruktur vorhanden ist.“ Den Wunsch, das ICNW-Projekt unbedingt weiterzuführen, äußert auch Roc Simenc, Direktor der Entwicklungsagentur „Sora“ im slowenischen Skofja Loka gegenüber der FURCHE: „Das Projekt ist in Slowenien sehr erfolgreich, besonders was den Rückgang der Kosten der Abfallentsorgung betrifft, und wir wünschen uns eine Fortführung.“ VT

Weitere Info: www.icnw.org

Bürgermeister am EU-Puls

Damit für österreichische Bürgermeister und Gemeinderäte Brüssel nicht zu weit weg und die EU nicht zu groß, zu undurchschaubar und zu bürokratisch ist, gibt es das Gemeindebund-Büro in Brüssel. VON VERONIKA TROPPEL

Wir sind in erster Linie ein Lobbying- und Informationsbüro für die österreichischen Gemeinden in Brüssel“, erklärt Daniela Fraiß die Aufgabe des von ihr geleiteten Gemeindebund-Büros in Brüssel. „Die Information steht dabei an vorderster Stelle.“ Dabei handelt es sich beispielsweise um das Verfassen eines regelmäßig erscheinenden Newsletters (*Europa-Aktuell*) und das Erstellen detaillierter ad-hoc Informationen (*EU-Info*) im Internet. „Wir versuchen dabei das Hauptaugenmerk auf für Gemeinden relevante Themen zu legen“, betont Fraiß.

Ansprechpartnervor Ort

Daneben bereitet das Büro die Sitzungen für nach Brüssel reisende Gemeindebund-Funktionäre vor. Konkret sind das die beiden Mitglieder im Ausschuss der Regionen (AdR) und die Mitglieder in den Arbeitsgruppen der Europäischen Kommission. Hier geht es vor allem um parlamentarische und inhaltliche Arbeit, sagt Fraiß, die auch als ständige Vertreterin in Brüssel an den Sitzungen und Ausschüssen der jeweiligen Gemeinde- und Regionendachverbände teilnimmt.

Das Büro ist auch Ansprechpartner für Bürgermeister und Gemeindefunktionäre in EU-Fragen. Die meisten Anfragen kommen zu Gemeindepartnerschaften, zum europäischen Vergaberecht und zur Umweltgesetzgebung, erzählt Fraiß von ihrer Arbeit. Zum Teil müssen auch Rechtsauskünfte zu EU-Richtlinien gegeben werden, prinzipiell steht die Brüsseler Gemeindebund-Außenstelle aber für alle Fragen bezüglich EU zur Verfügung, was bedeutet: „Das Spektrum ist recht breit.“ Oft sind detaillierte Recherchen notwendig und die telefonischen Anfragen werden in ausführlichen E-Mails beantwortet.

Auch Hilfe und Unterstützung für Gemeindepartnerschaften bie-



Gemeinde-Lobbying: Damit die EU nicht zu sehr von der Basis abhebt.

tet das Brüsseler-Gemeindebundbüro: „Grundsätzlich sind die Gemeinden, wenn es um EU-geförderte Partnerschaften geht, bei der Antragsstellung sehr selbständig und können auch oft auf langjährige Erfahrung zurückgreifen“, erklärt Fraiß. „Da es in den letzten Jahren aber Anpassungen in den EU-Programmen gegeben hat, wenden sich die Gemeinden vor allem dann ans Büro, wenn sie mit

dem administrativen Aufwand nicht zurecht kommen oder wenn es zu Verzögerungen seitens der Kommission kommt.“ Das Büro tritt dann als Vermittler auf.

Brüssel hautnah erleben

Ein weiterer Aufgabenbereich besteht darin, Brüssel-Reisen für Bürgermeister und Gemeindefunktionäre zu organisieren. Diese

Reisen werden gut angenommen: „Die Bürgermeister sind zumeist sehr überrascht über die Abläufe in den Institutionen und vor allem über die Informationsdefizite, die selbst politisch tätige und interessierte Menschen aufzeigen“, sagt Fraiß. Die Reisen nach Brüssel werden dazu genutzt, die EU-Institutionen kennen zu lernen. Der persönliche Zugang wird großgeschrieben und erfolgt durch Treffen mit EU-Abgeordneten, Kommissionsbeamten, Vertretern der verschiedenen österreichischen und internationalen Regional- und Kommunalbüros und mit österreichischen Vertretern in den Ratsarbeitsgruppen. Brüssel soll bei diesen Reisen für die Gemeindevorteilbar greifbar werden. Und viele nehmen von Brüssel die Erkenntnis mit, dass es weit mehr Mitsprachemöglichkeiten in der EU gibt, als in den österreichischen Gemeinden bekannt. „Die meisten fahren mit einem ganz anderen Brüssel-Bild wieder nach Hause“, ist Fraiß vom Erfolg dieser Brüssel-Reisen überzeugt.

Stets aktuelle EU-Information

„Das Büro in Brüssel ist deshalb von großer Wichtigkeit, weil hier die Informationen immer aktuell sind und auch viele informelle Kontakte bestehen, die zu guten Ergebnissen für die Gemeinden führen“, antwortet Fraiß auf die Frage nach der Bedeutung ihres Lobbyings. Sehr zufrieden ist Fraiß über die gute Zusammenarbeit mit dem europäischen Parlament und den österreichischen Abgeordneten, die Gemeindeanliegen gut kennen und im EU-Parlament einbringen. Ein Wermutstropfen bleibt aber bei allen Erfolgen für Daniela Fraiß übrig: In Österreich würde sie sich eine noch breitere Wahrnehmung der Arbeit ihres Büros für die Gemeinden wünschen.

Weitere Info:
www.gemeindebund.at

DIE FURCHE: Herr Vizepräsident, Sie werden als Vertreter der österreichischen Gemeinden in der EU zuhause sicher oft mit der Klage über den Wasserkopf Brüssel konfrontiert sein ...

WALTER ZIMPER: ... die auch insofern Berechtigung hat, als dass sich Brüssel allzuoft in Kleinigkeiten einmischt, die die EU einen Schmarren angehen und die man auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene viel besser lösen könnte. Nach wie vor wird in der EU zu abgehoben über lokale und regionale Realitäten hinweggearbeitet.

DIE FURCHE: Was ist der Grund dafür: Unverständnis, politisches Kalkül, zu wenig Flexibilität?

ZIMPER: Der Europäischen Union fehlt nach wie vor die soziale Betroffenheit; sie ist nach wie vor

„EU fehlt soziale Betroffenheit“

WALTER ZIMPER,
Vertreter österreichischer
Gemeinden in der EU,
zu EU-Schmarren und dem
Segen der EU-Verfassung.



fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Dimension fixiert und agiert nach neokapitalistischen Überlegungen, in denen politische Wertigkeiten nur wenig bis gar kein Gehör finden.

DIE FURCHE: Und das wirkt sich bis auf die Gemeindeebene aus?

ZIMPER: Das wirkt sich vor allem auf die Gemeinden aus, denn 70 Prozent der Gesetze, die man in Brüssel beschließt, müssen in den Gemeinden und Regionen umgesetzt werden. Trotzdem passiert der Gesetzgebungsprozess fast ausschließlich ohne Bezug zu den Gemeinden und den dort herrschenden Realitäten.

DIE FURCHE: Wo wird dieser Widerspruch am deutlichsten?

ZIMPER: Das haarsträubendste

Beispiel: Rettungsorganisationen können nur mit freiwilligen Helfern bestehen. Derzeit ist aber eine Richtlinie in der EU in Ausarbeitung, in der dieses Ehrenamt untersagt werden soll, weil es aus wirtschaftlicher Sicht wettbewerbsverzerrend ist – falscher kann man doch nicht agieren und deswegen muss die EU in diesem, aber nicht nur in diesem Fall, mit dem schärfsten Einspruch und Widerstand von 100.000 europäischen Gemeinden rechnen.

DIE FURCHE: Und der wird gehört?

ZIMPER: Der Ausschuss der Regionen wird dann gehört, wenn er sich in Dinge einmischt, wo man auch in Brüssel glaubt, dass er davon was versteht – in kommunalen oder regionalen Angelegenheiten ist es bisher nicht passiert, dass die

EU-Kommission oder das EU-Parlament daran vorbeigegangen wären. Wir haben aber keinen Rechtsanspruch darauf, den würden wir erst durch die EU-Verfassung bekommen.

DIE FURCHE: Die Gemeinden und Regionen würden durch die EU-Verfassung gestärkt?

ZIMPER: Absolut! Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Verfassung das Beste ist, was in den letzten 50 Jahren in der EU geschaffen wurde. Damit wird die Union demokratischer, transparenter und zum ersten Mal wirklich der Subsidiarität verpflichtet – das müssen wir über die Rampe bringen.

Das Gespräch führte
Wolfgang Machreich.